

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und
Verwaltungsentwicklung der Stadt Haan**
am Donnerstag, dem 12.03.2026 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
19:15 Uhr

Vorsitz

Stv. Godehard Büskens

CDU-Fraktion

AM Brigitte Heuser
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Annette Leonhardt
AM Volker Lowitsch
Stv. Henrik Radtke

SPD-Fraktion

AM Gerd-Peter Heinrichs
Stv. Julia-Janine Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Sandra Niklaus

anwesend bis 19.00 h
anwesend ab 19.00 h

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam
Stv. Barbara Kamm

AfD-Fraktion

AM Jan-Marvin Birk
Stv. Ulrich Schwierzke

GAL-Fraktion

Stv. Tabea Haberpursch
AM Christian Markus

Die Linke

Stv. Tobias Rath

FDP-Fraktion

AM Britta Sawukaytis

Bürger Union

Stv. Harald Giebels

anwesend bis 19.00 h

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

Vertreter des Seniorenbeirates

AM Tom Hegermann

Bürgermeister

Bürgermeister Vincent Endereß

Verwaltung

StR'in Anja Esser

VA Michael Brands

VA Christian Bruhy

StHS'in Simone Herweg

VA Alex Lüttgen

Frau Rebecca Ruhaas

StAR'in Sabine Schumacher

VA Dr. Jürgen Simon

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Der Vorsitzende Godehard Büskens eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Auf die Frage des **Vorsitzenden Godehard Büskens**, ob sich jemand als befangen erklärt, gibt es keine Rückmeldung.

2./ Bestellung der Schriftführung Vorlage: 10/029/2026

Beschluss:

Als Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung (AWDV) der Stadt Haan wird Frau Sigrid Nippe bestellt.

Als 1. stellvertretender Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung (AWDV) wird Herr StA Daniel Jonke bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Bürgerantrag gem. §24 GO NRW -Springerpool zur Sicherung von Unterricht und OGS an Haaner Grundschulen ab 01.11.2025 Vorlage: II/086/2026

Beschluss:

Der Bürgerantrag zur Einrichtung eines Springerpools zur Sicherung von Unterricht und OGS an Haaner Grundschulen ab 01.11.2025 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4./ Bürgerantrag vom 25.11.2025
hier: Mitgliedschaft in der Allianz für Cybersicherheit
Vorlage: 10/014/2025/1

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß betont die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme am Netzwerk „Allianz für Cybersicherheit“. Es seien jedoch noch organisatorische und technische Voraussetzungen zu prüfen.

Herr Endereß bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung; dann könne man im nächsten Fachausschuss den Beitritt empfehlen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die organisatorischen sowie technischen Voraussetzungen für eine Teilnahme am Netzwerk „Allianz für Cybersicherheit“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit dem Ziel einer Teilnahme der Stadtverwaltung Haan zu prüfen und die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung (AWDV) vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5./ Bericht des Digitalisierungsbeauftragten

Protokoll:

Der **Digitalisierungsbeauftragte Christian Bruhy** präsentiert den umfangreichen Bericht.

Stv. Tobias Kaimer stellt den im Vergleich zu anderen Städten weit fortgeschrittenen Digitalisierungsstand der Verwaltung heraus. Auf die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger die Mängelmeldungen nutzen, berichtet Herr Bruhy, dass sich 25 % per APP und 75 % per Mail, Telefon bzw. durch persönliche Gespräche an die Verwaltung wenden.

AM Ernst Adam sieht ebenfalls die positive Entwicklung zu anderen Städten und möchte wissen, ob es eine Erhebung gebe, die die Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung dokumentiert.

VA Christian Bruhy berichtet, dass dieser Prozess noch nicht dokumentiert und somit schwer darstellbar sei. Man habe erst einmal mehr Zeit investiert, um Online-Leistungen anbieten zu können. Dies sei umso wichtiger, um den Renteneintritt der Babyboomer zu kompensieren.

Momentan arbeite man u. a. daran, die Straßenverkehrsbehörde einzubinden.

Auf die Frage von **Stv. Jens Niklaus**, ob es richtig sei, dass es zurzeit kein Elsterunternehmenskonto bei der Stadt gebe, erwidert **Bürgermeister Vincent Endereß**,

dass die Kämmerei eines besitze, es jedoch kein globales für die Verwaltung gebe. Darüber hinaus fragt Herr Niklaus nach der verwendeten KI in der Verwaltung.

VA Christian Bruhy erläutert, dass die Mitarbeitenden die Plattform ChatGPT nutzen dürfen, jedoch mit der Einschränkung, keine personenbezogenen Daten etc. einzufügen. Es handele sich um eine Arbeitserleichterung für Textverbesserungen, -ergänzungen etc. Für weitere Nutzungen müssten die Tools auf Prozesse aufgesetzt werden, die z. B. für den Prozess Wohngeld alleine, einen sechsstelligen Betrag generieren würden. Deshalb warte man darauf, dass das Land die Verwaltungs-KI für die Kommunen freigibt. Das von Herrn Niklaus nachgefragte lokale System hält **VA Christian Bruhy** für zu aufwändig. Über die RegioIT gebe es Bestrebungen, mit Großkommunen ein solches Modell zu entwickeln. Dieses sei jedoch noch in der Prüfung.

Bürgermeister Vincent Endereß bittet Herrn Lüttgen, über die aktuellen Rahmenbedingungen zu informieren.

VA Alex Lüttgen berichtet, dass die Serverlandschaft der Stadtverwaltung aus dem Jahr 2018 und stark an ihren Grenzen sei. KI sei sehr leistungshungrig und man sei froh, dass mit dem System grundsätzlich gearbeitet werden könne. Aus diesem Grund habe man auch den Antrag zum Haushalt gestellt. Momentan verfüge man gar nicht über die Leistungskapazität, um selbst KI betreiben zu können. Mit der Neuinvestition wolle man entsprechend dimensionieren, um später lokale KI-Modelle zu betreiben. Die Verkabelung im Rathaus sei aus den 1990er Jahren; die Varianten seien längst überholt und mit Leitungen versehen, die mehr oder weniger stabil funktionieren. Eine Modernisierung sei nur über eine neue Verkabelung zu erreichen.

Stv. Harald Giebels vermisst in der Präsentation den Stand der Digitalisierung der Akten im Archiv. Darüber hinaus verweist Herr Giebels auf die E-Akte für außenstehende Behörden, wie z.B. Gerichte, über die ein Akteneinsichtsverfahren sehr viel leichter zu handhaben sei. Außerdem bittet er die Verwaltung, die Online-Funktion des Personalausweises zu bewerben. Auf die Frage, in welchen Bereichen die Verwaltung die KI-Nutzung voranbringen möchte, erwidert **VA Christian Bruhy**, dass dies überall dort, wo einfache Prozessschritte unnötig seien, eingesetzt werden soll. Dies betreffe z.B. den Posteingang, bei dem die KI den Text direkt prüfen und an das richtige Amt weiterleiten könne, und einfache sachbearbeitende Tätigkeiten. Die Werbung für die Online-Ausweisfunktion würde immer wieder vorgenommen, jedoch mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht voll umfänglich möglich. Die Digitalisierung des Stadtarchivs sei noch nicht umgesetzt; solle aber mit den im Haushalt angesetzten Mitteln umgesetzt werden.

Stv. Annette Leonhardt fragt nach dem digitalen Bauantragsverfahren und der Prognose für ein vollständiges Verfahren. Außerdem habe sie im SKIGA wahrgenommen, dass es zur Sozialplanung keine digitale Unterstützung gebe und möchte wissen, ob ein gemeinschaftliches Datenablagensystem geplant sei, um die Informationen austauschen zu können.

VA Christian Bruhy erläutert, dass mit enaio ein Aktensystem vorhanden sei, mit welchem eine gemeinschaftliche Datenablage möglich ist, allerdings nicht mit anderen Kommunen.

Der Bauantrag sei mittlerweile online im Bauportal vorhanden und im Fachverfahren

angekommen. Es habe jedoch aufgrund der fehlenden Personalkapazitäten noch keine weitere Bearbeitung stattgefunden. Sobald in dem Verwaltungsbereich die E-Akte eingeführt sei, habe man die Möglichkeit der Übernahme des Antrags. Eine Baugenehmigung benötige darüber hinaus eine digitale Signatur; dies sei der nächste Schritt zur Umsetzung sowie die Digitalisierung nach außen.

AM Volker Lowitsch möchte wissen, wo die Stadtverwaltung Haan prozentual in der Digitalisierung stehe und bemerkt, dass in Haan eine übergreifende Strategie zur Digitalisierung fehle. **VA Christian Bruhy** berichtet, dass es hierzu vorangehe und es eine übergreifende Beteiligung gebe. Diese werde durch Fraktionsmitglieder, Bürger, das JuPa, das KiPa etc. wahrgenommen. Sicherlich sei ein Abschluss im Jahr 2026 nicht mehr möglich; es sei aber geplant, dies mittelfristig umzusetzen.

Bürgermeister Vincent Endereß ergänzt, dass man keine Prozentzahlen nennen könne. Die Prioritäten seien in der Umsetzung, so dass die Bürger die Verwaltung erreichen können; Sonderfälle würden später betrachtet. Der Bremsklotz sei die Werbung bei den Bürgern, damit die Prozesse auch online eingereicht werden. Alle seien aufgefordert, hierfür Werbung zu machen.

zu 6 Antrag zur Prüfung der Erweiterung des DHL-Paketshops auf der Friedrich-Ebert-Straße in Haan
hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 01.12.2026
Antrag: ANT/032/2026

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß teilt mit, dass es sich hierbei um laufendes Geschäft der Verwaltung handle, das man gerne aufgreifen werde. Letztlich sei es aber eine unternehmerische Entscheidung und damit sehr schwer, einen formellen Beschluss abzustimmen. Die Verwaltung werde aber mit dem Unternehmer Kontakt aufnehmen, um das Interesse für eine Erweiterung abzufragen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Godehard Büskens** gibt die AFD-Fraktion ihr Einverständnis zum Vorschlag des Bürgermeisters, den Antrag nicht abzustimmen. Somit teilt der Vorsitzende mit, dass der Ausschuss dies so zur Kenntnis nehme.

7./ Stellenplan 2026
hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,5 VZÄ für die juristische Sachbearbeitung und Unterstützung des Antikorruptionsbeauftragten und Geheimschutz-beauftragten
Vorlage: 10/021/2026

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß geht auf die im BVFOA gestellte Frage der SPD

hinsichtlich Rechtsberatungskosten ein. Das entsprechende Konto weise einen Betrag in Höhe von 48.379,93 € für den Haushaltsplan 2026 aus.

Darüber hinaus sei wichtig zu erwähnen, dass bei Abwesenheit von Frau Kotthaus kein Jurist bzw. keine Juristin im Hause sei. Somit bittet Herr Endereß um Unterstützung und Zustimmung zu dieser Vorlage.

AM Gerd-Peter Heinrichs fragt, ob es eine Berechnung gebe, welchen Betrag der oder die neue Stelleninhaber/-in von den vorgenannten Kosten kompensiere. Darüber hinaus schlägt er vor, die Stelle auch im Angestelltenverhältnis auszuschreiben, um ein breiteres Feld anzusprechen. **Bürgermeister Vincent Endereß** bestätigt, die Stelle auch im Angestelltenverhältnis ausschreiben zu wollen. Die kompensierten Kosten könne man nicht beziffern. Es sei durchaus möglich, dass ein höherer Betrag eingespart werde.

AM Ernst Adam möchte wissen, ob auch nach Stellenbesetzung externe juristische Beratung in Anspruch genommen werde. Dies wird von **Bürgermeister Vincent Endereß** bestätigt. Es werde immer wieder spezielle Fälle geben, die externer Beratung bedürfen. Da die neue Stelle auch den Geheimschutz betreffe, fragt Herr Adam, wie viele Vorgänge als Verschlussache eingestuft werden müssen und wie viele Personen beraten und entsprechend verpflichtet werden müssen.

Bürgermeister Vincent Endereß weist darauf hin, dass dies klassische Fragen für den Fachausschuss gewesen wären, die dort aber nicht erfolgt seien. Wenn relevant, können die Antworten gerne nachgeliefert werden. Es handele sich um verschiedene Lagen und Bereiche, die von der Amtsleitung bearbeitet werden müssen, so dass sie dem Rechtsamt nicht ansatzweise gerecht werden könne.

Stv. Harald Giebels hinterfragt die interne Organisation und regt an, die Strukturen zu überdenken, um der Amtsinhaberin mehr Zeit für juristische Tätigkeiten einzuräumen.

Stv. Tobias Kaimer wundert sich über die erneute Diskussion, nachdem im BVFOA schon zugestimmt wurde. Vor allem bei Abwesenheit der Juristin sei eine weitere Stelle unabdingbar.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (A 13) im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8./ Stellenplan 2026

hier: 1,0 VZÄ Einsatzführungsdienst & Brandschutzdienststelle sowie 1,0 VZÄ Einsatzführungsdienst & Sachbearbeitung Technik, Rettungsdienst
Vorlage: 10/196/2025

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Vollzeitstelle (A 11) im Einsatzführungsdienst & der Brandschutzdienststelle im Stellenplan 2026 zu.
2. Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Vollzeitstelle (A 11) im Einsatzführungsdienst und Sachbearbeitung Technik, Rettungsdienst im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Stellenplan 2026

hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ in der Asylsachbearbeitung (EG 9b)
Vorlage: 10/197/2025

Protokoll:

Stv. Barbara Kamm fragt nach einer eventuellen Gegenfinanzierung von Land oder Bund zu dieser Stelle. **Bürgermeister Vincent Endereß** teilt mit, dass es explizit für diese Stelle nicht gelte, jedoch über den allgemeinen Topf Mittel herangezogen werden können, die aber sicherlich nicht kostendeckend seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

10./ Stellenplan 2026

hier: zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ für die Sachbearbeitung im Brandschutz/Sonderbauten

Vorlage: 10/198/2025

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß verweist auf die Nachfragen der WLH-Fraktion im Fachausschuss und gibt das Wort an Herrn Michael Brands als Amtsleiter für Bauaufsicht und Denkmalschutz.

VA Michael Brands beantwortet die Fragen der WLH-Fraktion wie folgt:

1. Wie viele Bauanträge für Sonderbauten gibt es erfahrungsgemäß p.a.?

Erfahrungsgemäß gibt es 40 - 45 Bauanträge (Neubau + Umbau) pro Jahr. Dazu kommen die wiederkehrenden Prüfungen von etwa 65 - 70 Projekten, von denen 15 - 20 im Jahr im Rhythmus wiederkehrend geprüft werden müssen. Hinzu kommen von 250 BVS-Objekten ca. 50 Brandverhütungsschauen (BVS) im Jahr, von denen etwa 25 Objekte zusätzlich zur BVS bauordnungsrechtlich relevante Vorgänge (Bauanträge) auslösen, die von dieser Stelle zu bearbeiten und zu verfolgen bzw. zu genehmigen sind.

2. Warum wird keine IKZ mit Nachbarkommunen in Erwägung gezogen?

Die IKZ mit Nachbarkommunen wurde über den Kreis, Obere Bauaufsicht, Herrn Görtz, Leiter des Planungsamtes, am 24.02.2026 durch Dez. III / Amt 63 abgefragt. Die Aussage des Kreises Mettmann ist, dass keine IKZ stattfinden kann, da alle Kommunen aufgrund Personalmangels selbst vollkommen überlastet sind.

3. Mit welchen Einnahmen aus Baugebühren kann gerechnet werden?

Die Gebühren belaufen sich selbst bei der völligen Unterbesetzung 2025 auf 100.000 EURO. Aus der ebenso unterbesetzten Vorzeit 2020-2023 wurden Gebühren von 180.000 – 300.000 EURO verbucht. Bei der angestrebten Vollbesetzung sind Gebühren von 450.000 bis 550.000 EURO oder mehr prognostiziert. Hinzuzurechnen ist die über die Lebensdauer des Gebäudes vom Bauherrn zu entrichtende jährliche Grundsteuer.

4. Welche Ausgaben für externe Dienstleistung wurden dazu im Vergleich im letzten Jahr gezahlt?

Die Prüfung des Brandschutzes bei Sonderbauten durch die Bauaufsicht ist gemäß § 68 (6) BauO NRW gesetzlich vorgeschrieben. Gemäß § 58 (5) BauO NRW dürfen anstelle der Prüfarbeit durch die Bauaufsicht nur Prüfsachverständige für Brandschutz mit der Prüfarbeit beauftragt werden, die dann im Namen der Stadt prüfen.

Im Jahr 2025 wurde ein Prüfsachverständigenauftrag in Höhe von 22.000 EURO für die Prüfung eines Bauantrags eines großen Sonderbaus beauftragt.

Für das Jahr 2026 sind, da die Stelle aktuell noch nicht geschaffen bzw. dann noch zu besetzen ist, weitere Prüfeningenieuraufträge zu beauftragen, da ein Bearbeitungsrückstau seit 2019 besteht, der mit eigenen Mitteln nicht aufholbar ist. Hierzu ist die Verwaltung noch in der Prüfung, um eine möglichst wirtschaftliche Lösung herbeizuführen. Es kann jedoch zu weiteren über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen kommen, die dann ggf. den zuständigen Gremien erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

5. Welche Gelder für eine externe Dienstleistung müssten in den HH 2026 eingestellt werden, wenn die zusätzliche Stelle nicht geschaffen wird, bzw. nicht besetzt werden kann?

Es müssten nach überschlägiger Betrachtung ca. 1,25 Mio Euro bereitgestellt werden, um die gesetzliche Pflichtaufgabe durch Aufträge an Dritte zu erfüllen, wenn die Stelle nicht geschaffen würde.

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** lässt nach den Ausführungen über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 VZÄ (EG 12) für die technische Sachbearbeitung im Brandschutz/Sonderbauten im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11./ Stellenplan 2026

hier: zusätzlicher Stellenanteil von 1,0 VZÄ für die technische Sachbearbeitung in der Bauaufsicht
Vorlage: 10/199/2025

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß bestätigt die Aussage von **Stv. Harald Giebels**, dass momentan 4,5 Stellenanteile in der Bauaufsicht besetzt seien, die jedoch für die Bearbeitung nicht ausreichend sind. Herr Endereß erklärt, dass die vorhandene befristete Stelle mit diesem Beschluss entfristet werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils für die technische Sachbearbeitung in der Bauaufsicht mit einem Stellenanteil von 1,0 VZÄ (EG 12) im Stellenplan 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen bei einer Enthaltung

zu 12 **Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2026**
Vorlage: 10/200/2025

Vorsitzender Godehard Büskens schlägt vor, die Abstimmung zum Stellenplan hinter die Beratung der Anträge der CDU und SPD zu legen.

SPD-Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2026 hier: Antrag zum Stellenplan - Wegfall von kw-Vermerken
Antrag: ANT/034/2026

Protokoll:

Stv. Jens Niklaus ergänzt zum Antrag der SPD-Fraktion, dass den Mitarbeitenden eine Perspektive gegeben werden soll und die angegebenen Stellen mit KW-Vermerken in unbefristete Arbeitsverträge umzuwandeln seien.

VA Rebecca Ruhaas erläutert zu Punkt 1) des Beschlussvorschlages, dass die drei angegebenen Stellen projektbezogen und aus Drittmitteln finanziert seien. Die Stellen seien Gegenstand des Konzeptes zur Klimaanpassung, das im September/Oktober 2026 vorgestellt werden soll. Erst danach könne man weiter eruieren.

Punkt 2) des Beschlussvorschlages sei laufendes Geschäft der Verwaltung und somit im Geschäftsbereich des Bürgermeisters zu verorten.

Auf die Rückfrage von **Stv. Tobias Kaimer**, was dies in Konsequenz bedeute, antwortet **VA Rebecca Ruhaas**, dass nur die Stellen in den Stellenplan eingehen, die wirklich benötigt werden. **Bürgermeister Vincent Endereß** ergänzt, dass diese Stellen erst im nächsten Jahr wegfallen.

Auf Nachfrage von **Stv. Jens Niklaus** teilt **VA Rebecca Ruhaas** mit, dass die früheste Befristung im Mai 2027 auslaufe und die weiteren danach.

AM Ernst Adam begrüßt das umsichtige Verfahren der Verwaltung und sieht die Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** stellt somit fest, dass der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beschließen ist.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird nicht abgestimmt, da die Stelle den Stellenplan im nächsten Jahr betrifft.

**CDU-Antrag zum Stellenplan 2026, hier: Energiesparmanager/in
Kitas und Schulen, Stellennummer 03/4 mit KU-Vermerk versehen
Antrag: ANT/035/2026**

Protokoll:

Stv. Tobias Kaimer erläutert, dass die angeführte Stelle durch die Neubesetzung der Amtsleitung Betriebshof benötigt werde und man zukünftig insbesondere die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen in der Abteilung 70.2 sehe.

Bürgermeister Vincent Endereß erläutert, dass die Stelle befristet besetzt sei und man formell keinen KU-Vermerk benötige, da diese Stelle nicht gleichwertig und nicht umzuwandeln sei. Auch diese Stelle liege im Geschäftsbereich des Bürgermeisters und somit durch ihn umzuwandeln. Gerne nehme man die Hinweise der CDU-Fraktion auf.

VA Rebecca Ruhaas ergänzt, dass der Begriff KU-Vermerk missverständlich sei. Dieser würde bedeuten, dass man die Stelle in der Wertigkeit verändern würde. Hier wolle man die Stelle aber organisatorisch verschieben, somit falle dies wie beschrieben in die Organisation des Bürgermeisters.

Stv. Tobias Kaimer begrüßt, wenn der Bereich Freiflächen im Blick der Stadtverwaltung bleibe, vor allem hinsichtlich der Neugestaltung des Bahnhofs Gruiten und der Spielplatzsanierung.
Nach den vorherigen Erläuterungen müsse der Antrag dann nicht zur Abstimmung kommen.

Protokoll:

AM Gerd-Peter Heinrichs erwartet von der Verwaltung Wege aufzuzeigen, Stellen einzusparen durch Maßnahmen wie z.B. die Optimierung von Arbeitsprozessen und Delegation von Entscheidungen.

Bürgermeister Vincent Endereß verweist auf die kurze Zeit zwischen seinem Amtsantritt und der Erstellung des Stellenplans. Grundsätzlich werde bei jedem Austritt eine Stellenprüfung vorgenommen, auch hinsichtlich der Organisation, die schrittweise angepasst werde. Als Beispiel nennt Herr Endereß den Betriebshof, der nun mit neuer Leitungsposition einen Organisationsprozess durchlaufen soll. Darüber hinaus wurden KW-Vermerke gesetzt, wenn Stelleninhaber bzw. -inhaberinnen die Verwaltung verlassen, so dass es auch die Möglichkeit der Einsparung von Stellen gebe.

VA Rebecca Ruhaas ergänzt, dass sie noch nicht an der Erstellung des

Stellenplans beteiligt war, jedoch den Fokus auf die Aufgabenkritik lege und dies auch unterjährig, wenn Stellen neu besetzt werden.

Nach Beratung der Anträge von SPD und CDU lässt der **Vorsitzende Godehard Büskens** über den Stellenplan abstimmen.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den personalwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen nach Ziffer 2.7 wird zugestimmt.

Überstunden sind mit Ausnahme der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2 und Beschluss des Rates zu Überstunden der Feuerwehr und des Rettungsdienstes vom 9.4.2024, TOP 26).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen bei drei Enthaltungen

13./ Haushaltsplanberatungen 2026; Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung
Vorlage: 20/009/2026

Protokoll:

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** schlägt vor, den TOP 13.1 zu beraten, bevor man in die Beratung der Änderungsanträge einsteige.

13. Optimierung der Fortbildungsplanung und gezielte Stärkung moderner
1./ Arbeitsbedingungen
Vorlage: 20/005/2026

Protokoll:

Auf den Hinweis von **Stv. Jens Niklaus**, dass man im Rahmen der Fortbildung die Qualität im Hause weiter aufrechterhalten möchte, bittet er um die Stellungnahme des Personalrates.

Bürgermeister Vincent Endereß macht deutlich, dass man lediglich die Ansätze verringern wolle, da diese nicht ausgeschöpft wurden. Gleichzeitig habe man aber zugesichert, Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn sie doch benötigt werden. Die Verwaltung wolle einerseits einsparen, aber das Signal geben, den täglichen Arbeits-

alltag durch höhenverstellbare Schreibtische und somit das BGM zu stärken.

Personalratsvorsitzender Carsten Butz informiert, dass der Personalrat involviert war und man in die Diskussion gehen werde, wenn Fortbildungen, vor allem gesetzlich verpflichtende, über die zur Verfügung stehenden Mittel hinaus benötigt werden.

Kämmerin Anja Esser ergänzt, dass zwischenzeitlich über 18 Konten verteilt 470 T€ für Fortbildungen zur Verfügung gestellt wurden; lediglich 268 T€ wurden genutzt. Auch die nunmehr reduzierten Ansätze lägen noch immer über dem eigentlichen Bedarf. Die präventive Maßnahme durch die höhenverstellbaren Schreibtische sei sehr zu begrüßen.

In der nachfolgenden Diskussion wird die präventive Maßnahme sehr begrüßt, aber auch auf die wichtige Qualifizierung der Mitarbeitenden durch Fortbildungen hingewiesen.

Bürgermeister Vincent Endereß versichert, dass er gemeinsam mit Frau Ruhaas die Fortbildungen mit großem Engagement angehen werde und ist sicher, dass der reduzierte Ansatz reichen werde. Die Mittel für die Qualifizierung neuer Mitarbeitenden seien momentan nicht so hoch anzusetzen, da die Stellen kontinuierlicher besetzt seien als in den Jahren davor. Die Umstellung auf höhenverstellbare Schreibtische werde sukzessiv umgesetzt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt die dargestellte Entwicklung der Fortbildungsansätze sowie die vorgeschlagene Optimierung der Fortbildungsplanung zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, den Gesamtansatz für Fortbildungen im Haushaltsjahr 2026 um 60.000 € von 428.046 € auf 368.046 € anzupassen.
3. Die freiwerdenden Mittel werden wie folgt verwendet:
 - 20.000 € für die zeitgemäße Ausstattung der Büroarbeitsplätze mit höhenverstellbaren Schreibtischen,
 - 10.000 € zur Stärkung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements,
 - 30.000 € zur unmittelbaren Verbesserung des Planergebnisses und zur Reduzierung des Liquiditätskreditbedarfs.
4. Der Rat beschließt, ab der Haushaltsplanung 2027 ff. die Fortbildungsansätze strukturell zu bündeln und künftig jeweils ein Fortbildungskonto pro Dezernat vorzusehen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortbildungsbedarfe der Ämter ab der Haushaltsplanung 2027 ff. zentral zu erfassen, zu prüfen und im Haushalt einzuplanen, um eine transparente, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Fortbildungsplanung sicherzustellen.
Ausgenommen hiervon sind die Aus- und Fortbildungen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Amt 32-4), die weiterhin durch das Amt selbst verant-

wortlich geplant und bewirtschaftet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Anschließend geht der **Vorsitzende** die einzelnen Veränderungsanträge durch.

Zum Veränderungsantrag Nr. 56 fragt **Stv. Tobias Rath**, ob es bereits einen Vertrag gebe. Herr Rath befürchte, dass die Preise in der zweiten Jahreshälfte ansteigen würden. **VA Alex Lüttgen** berichtet, dass er nach Zustimmung durch die Gremien den Antrag bei der Kämmerin zur Auftragsvergabe in der vorläufigen Haushaltsführung einhole. Wenn die Genehmigung heute erfolge, könne er schnellstmöglich die europaweite Ausschreibung auf den Weg bringen. Eine Preiserhöhung könne er nicht ausschließen.

Bürgermeister Vincent Endereß macht deutlich, dass in der vorläufigen Haushaltsführung gut begründet werden müsse, mit der Ausschreibung zu beginnen. Wenn die Kommunalaufsicht dem nicht zustimme, werde erst nach der Haushaltsverabschiedung ausgeschrieben.

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** lässt über die Veränderungsanträge und die zwei Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes - wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2026 ausgewiesen - dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt, die nicht in einer separaten Vorlage behandelt werden, wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

./ WLH-Anfrage zum HH-Planentwurf 2026 : zum WDVA am 12.03.2026 - Ziele und Kennzahlen klar definieren
Antrag: ANF/051/2026

Protokoll:

Die Anfrage wird im Rahmen der Haushaltsplanberatung in die Liste der Fraktionen aufgenommen.

./ HH-Planberatung Produkt 130110 - Nachfrage WLH-Fraktion zu Reorganisation Betriebshof - Stellenplan Grünpflege
Antrag: ANF/050/2026

Protokoll:

Die Anfrage wird im Rahmen der Haushaltsplanberatung in die Liste der Fraktionen aufgenommen.

14./ Beantwortung von Anfragen

./ SPD-Anfrage zum Stand der Digitalisierung von Bestandsakten
Antrag: ANF/059/2026

Protokoll:

Bürgermeister Vincent Endereß beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion mündlich wie folgt:

1. Wie viele Bestandsakten sind nach derzeitiger Einschätzung noch zu digitalisieren?

Antwort der Vw: Die Bestandsakten der letzten zehn Jahre werden digitalisiert. Alle anderen werden nach und nach vernichtet.

2. Kann die Digitalisierung (Scannen) dieser Akten mit dem vorhandenen Personal der Verwaltung umgesetzt werden?

Antwort der Vw: Die Digitalisierung kann nicht durch eigenes Personal durchgeführt werden. Anschließend müssen die Papierakten auch noch vernichtet werden.

3. Wird in Erwägung gezogen, einen externen Dienstleister mit der Digitalisierung der Bestandsakten zu beauftragen? Falls dies vorgesehen ist: Mit welchem voraussichtlichen Kostenrahmen ist hierfür zu rechnen?

Antwort der VW: Es wird ein externer Dienstleister beauftragt werden.

Die Kosten werden bei der RegioIT angefragt und im Haushalt 2027 eingeplant. Alleine für die Digitalisierung der Bauakten wird ein sechstelliger Betrag aufgerufen werden.

. / SPD-Anfrage zum Stand der Umsetzung von Verwaltungsleistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in der Stadt Haan
Antrag: ANF/060/2026

Protokoll:

Aufgrund der hohen Bearbeitungszeit für die Beantwortung der Anfrage, wird dem Vorschlag des Bürgermeisters seitens der SPD zugestimmt, einen groben Überblick zu Protokoll zu geben. Bei Nachfragen können diese gerne im Nachhinein gestellt werden.

Anmerkungen zu Protokoll: Die Antwort der Verwaltung ist im RIS zur Anfrage eingestellt und darüber hinaus dem Protokoll als Anlage beigefügt.

15./ Mitteilungen

Protokoll:

Es gibt keine Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung.